

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Deutschland steuert 2024 auf ein zweites **Rezessionsjahr** zu. Verantwortlich sind die Mitglieder der 3 Parteien der Ampel, die dafür „Nase hinhalten“ müssen. Die Wahlen in Thüringen und Brandenburg sind als Vertrauensbeweis der Wähler zu werten. Für SPD und Grüne ist es der bockige Finanzminister Lindner (FDP), der den Fortschritt in der Republik aufhält. Die Wirtschaft traut der Ampel nicht, weil Dauerstreitigkeiten die Kräfte der Regierenden erlahmen lassen. Für den Kanzler, der mit Zuversicht nicht spart, ist Deutschland ein starkes Land, in dem Erfindergeist, Innovationskraft und Fleiß die Basiselemente sind. Der Paukenschlag kam am 6. dieses Monats, als der Bundeskanzler den Finanzminister ablöste. Die Rede von Olaf Scholz zum Ampel-Aus konnte jeder Zuschauer im Fernsehen mitverfolgen. Dem Kanzler kam kein Wort der Selbstkritik über die Lippen. Das, was er sagte, war eine Abrechnung mit Christian Lindner. Dieser Auftritt war bisher einmalig und die weinerliche Darstellung unseres Kanzlers, die fehlende Fähigkeit der Selbsteinschätzung in einem politisch so entscheidenden Moment konnte man nur mit wachsendem Staunen zur Kenntnis nehmen. In seiner beleidigenden Abrechnung mit dem Finanzminister bezeichnete er ihn als kleinkariert, mit dem man nicht zusammenarbeiten kann. Zu ihm habe er kein Vertrauen mehr. In einer sachlichen Erklärung schilderte Christian Lindner, dass er ultimativ vom Kanzler aufgefordert wurde, die Schuldenbremse aufzuheben. Da das gegen seinen Eid verstößt, so sagte er, gibt er das Amt auf – das wars mit der Ampel.

Deutschland war ein reiches Land, aber die Grundlagen unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind in den letzten Jahren weggebrochen. Den Status des „Exportweltmeisters“ haben wir längst verloren. Auf dem Arbeitsmarkt stehen Massenentlassungen an und die Beschäftigungsgarantien der Automobilindustrie hängen wie ein schwerer Mühlstein um den Hals der Konzerne. Die augenblicklichen Zukunftschancen, im internationalen Wirtschaftswettbewerb mitzuspielen, sind derzeit eher blass. Die noch unveröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) belegt eindeutig, dass der Standard Deutschlands im internationalen Wettbewerb deutlich eingebüßt hat. Insolvenzen und Firmenaufösungen sprechen eine eindeutige Sprache. Der Siemens-Manager Christian Kaeser sagte kürzlich: Es gibt eigentlich nichts, was dafür spricht, in Deutschland zu investieren.

Im letzten Jahr schnitt Deutschland im Wirtschafts-Marathonlauf der Nationen bereits schlecht ab. 2024 kommen wir bei dem gleichen Wettbewerb, und das ist heute schon klar, als letzter ins Ziel. Früher waren wir Vorbild, heute machen uns andere Länder vor, was möglich ist. Einige Beispiele: Würde die Bürokratie in Deutschland und der EU abgebaut, hätten wir schon viel erreicht; und das wäre noch kostenlos!

Energiepreise: Der Ukraine-Krieg hat Deutschland vom niedrigen russischen Gaspreis abgeschnitten. Beim Strom rufen die USA und China ca. 8,5 Cent pro Kilowattstunde für Industriekunden auf. Deutschland liegt bei ca. 20,5 Cent.

Fachkräfte: Es fehlen Deutschland ca. 400.000 erwerbstätige Personen. 2023 gab es 663.000 Zuzüge, aber nur 73.000 Erwerbsmigranten aus Drittstaaten. Da unsere Wirtschaft auf absehbare Zeit nicht wieder in Fahrt kommt, meiden Fachkräfte Deutschland; wenn weniger kommen, wird auch weniger investiert. Wenn man heute nicht investiert, gefährdet man die Arbeitsplätze von morgen. Weniger investiert bedeutet, dass sich die Wirtschaft weiter verschlechtert. Der Staat ist

machtlos gegen den Verfall der Infrastruktur. Es mangelt an Modernisierung von Straßen, Wohnungen, Schulen, Brücken und anderem mehr.

Investitionsklima: Die Investoren haben kein Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Zwischen 2022 und 2023 flossen (lt. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln) mehr als 200 Mrd. € Kapital für Investitionen von Deutschland ins Ausland. Gründe sind: Zu viel Bürokratie, lange Genehmigungsverfahren, hohe Arbeitskosten und Steuern, schlechte Abschreibungsbedingungen. Die Unternehmen der Chip-Industrie, die Deutschland mit milliardenschweren Subventionen ins Land gelockt hat, sind bereits wieder abgewandert. Übrig geblieben sind die Taiwaner TSMC¹, die für 10 Mrd. € an der Elbe (Dresden) ein Chip-Werk errichten wollen, was mit 5 Mrd. € von Bund und Land bezuschusst werden soll.

Lohnnebenkosten: Für Steuern und Abgaben muss man in Deutschland knapp 48% rechnen (nur Belgien liegt höher), während der OECD²-Durchschnitt bei knapp 35 % liegt. Im produzierenden Gewerbe lag 2023 eine Arbeitsstunde bei 41,30 €. Im EU-Vergleich nahm Deutschland Platz 6 ein.

Bildungsmisere: In der Vergangenheit trug die Produktivität 0,6% pro Jahr zum Wachstum bei; künftig werden es nur noch 0,2% sein. Gründe sind in der hohen Bürokratielast und einem geringen Digitalisierungsgrad zu sehen. Im Vergleich der OECD-Industriestaaten ist Deutschland nur noch Durchschnitt. Nach der Pisa-Studie 2022 bis heute gab es keine Verbesserung.

Beschäftigte / Rentner: Das Handelsblatt Nr. 197 schrieb Mitte 10/2024, dass die größte Wachstumsbremse die schrumpfende Bevölkerung ist. Seit 1970 kriegen die Deutschen weniger Kinder. Ändert sich die Nettozuwanderung nicht, müssen weniger Arbeitende mehr Rentner finanzieren. Die Kosten für Pflege- und Rentensysteme steigen. Führende Institute prognostizieren, dass das sinkende Arbeitsvolumen das deutsche Wachstumspotential bis 2029 um 0,1 Prozentpunkte verringert – und zwar jährlich.

Politik der Ampel: Die dauernden Streitigkeiten der Ampel haben die Unsicherheiten in der Bevölkerung und der Wirtschaft über fehlende Rahmenbedingungen erhöht. In einer Befragung haben die Meinungsforscher von Civey ermittelt, dass 61% der Entscheider der Ampel die Note 6 (ungenügend) gegeben haben. Das wird die Parteienlandschaft verändern und AfD sowie BSW erfolgreicher machen. Jedem Einzelnen nützt es nicht, ob er in den Rückspiegel der Nostalgie blickt oder in das milchige Glas der Zukunft. Wir leben in der Gegenwart und jeder für sich selbst muss das Beste daraus machen.

Die Vereinten Nationen beschlossen 2015, die **Erderwärmung** unter 2 Grad Celsius zu halten und definierten 17 Ziele für eine weltweite nachhaltige³ Entwicklung, die SDGs (Sustainable Development Goals). 2019 legte die EU noch „eins drauf“, nämlich den „Green Deal“ mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen in der EU bis 2050 auf null zu reduzieren. Beide Initiativen adressieren globale Herausforderungen wie Armut, Hunger, Ungleichheit und Umweltzerstörung. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen, wirtschaftliche Inklusion, nachhaltige Produktionsmuster, Transparenz, soziale Gerechtigkeit sowie die Einbeziehung aller gesellschaftlich Beteiligten stehen im Mittelpunkt des Transformationsprozesses. Das Lieferkettengesetz verstärkt durch die EU-Vorschriften in Deutschland bereits seine Gültigkeit. Künftig müssen Firmen Nachhaltigkeitsberichte abliefern, sofern sie 2 dieser 3 Kriterien erfüllen: Mehr als 250 Beschäftigte, mindestens 50 Mio. € Umsatz, mindestens 25 Mio. € Bilanzsumme. Die Richtlinie Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) tritt 2025 in Kraft. Nach diesen Vorschriften muss man zu 783 Datenpunkten

¹ TSMC = Taiwan Semiconductor Manufacturing Company

² OECD = Organisation for Economic Co-operation and Development

³ Nachhaltigkeit = Anhaltende Wirkung über einen längeren Zeitraum

Auskunft geben (zur Geschlechterparität, Emissionen und Verbrauchswerten). Wenn schon ein solches Gesetz erforderlich ist, müsste man es deutlich vereinfachen. Transformations-Ökonomen entwickeln Strategien zur nachhaltigen Gestaltung von Geschäftsmodellen durch die Integration von ESG-Kriterien. Man benötigt solche Leute, um die Orientierung im Dickicht der Vorschriften nicht zu verlieren. Sie erklären auch (natürlich nur auf dem Papier), dass es unter diesen Bedingungen möglich ist, Unternehmen in der Zukunft zu führen. Wenn man das alles umsetzt, den Durchblick behält, wird man an die Arbeit kommen und (vielleicht) auch noch Geld verdienen. In unserer Info vom letzten Monat haben wir die Berichtspflichten, welche die Unternehmen haben, aufgelistet. Wir ergänzen das nachstehend und erklären einige Begriffe:

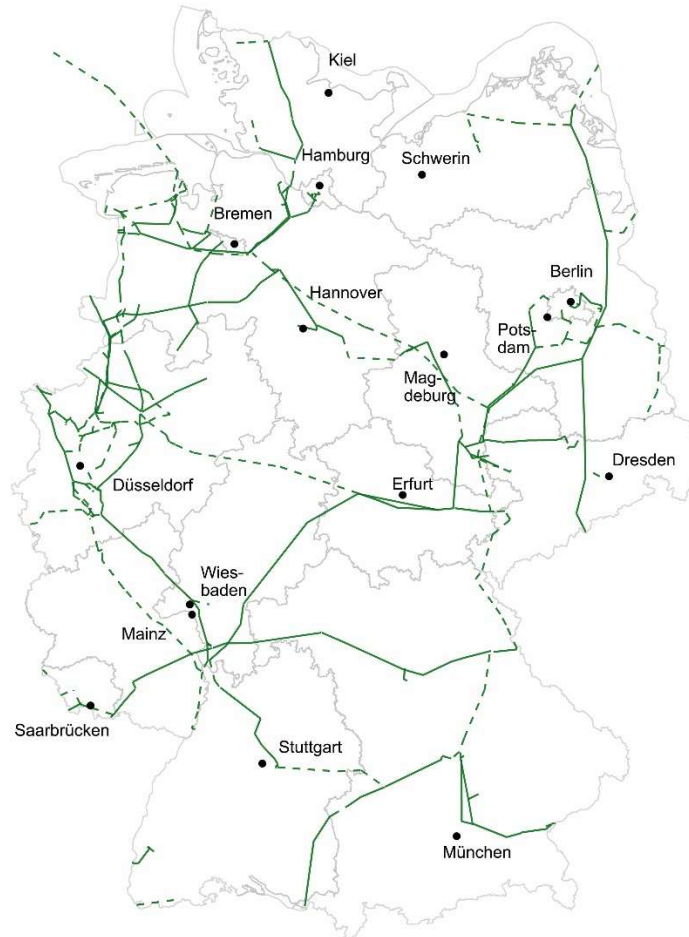
- **CSRD** (Corporate Sustainability Reporting Directive) 2023 wurde aus den Richtlinien zur nichtfinanziellen Berichterstattung (NFRD) die CSRD.
- **LkSG** (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz) regelt die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten in den Lieferketten.
- **GRI** (Global Reporting Initiative) setzt sich weltweit für die Nachhaltigkeitsberichterstattung ein.
- **DNK** (Deutscher Nachhaltigkeitskodex) ist ein branchenübergreifender Transparenzstandard für die Berichterstattung unternehmerischer Nachhaltigkeitsleistungen.
- **GWÖ** (Gemeinwohlökonomie) ist ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell mit dem Ziel einer ethischen Wirtschaftskultur.
- **BCorp** (Benefit Corporation) ist ein internationales Unternehmenszertifikat für soziales und ökologisches Engagement.
- **EMAS** (Eco-Management and Audit-Scheme), auch bekannt als EU-Öko-Audit, ist ein Gemeinschaftssystem aus Umweltmanagement und Umweltvertriebsprüfung für Organisationen, die ihre Umweltleistung verbessern wollen.
- **Green Brand** ist ein Gütesiegel für ökologische Nachhaltigkeit.
- **DGNB** - Diese Zertifizierung wurde von der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen entwickelt.

Ausführliche Informationen unter www.forum-csr.net.

Wir sind der Meinung, dass nationale und EU-Vorschriften die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stark einschränkt. Das bürokratische Monster von der Dokumentation der Lieferketten über die Wesentlichkeits- und Risikoanalysen, die ESG-Nachhaltigkeitskriterien bis zur Bewertung von CSR-Risiken und vieles andere mehr ist eine Sisyphus-Arbeit, die Unternehmen zwingt, sich von ihrer Kernkompetenz (arbeiten, um Geld zu verdienen) zu entfernen.

In unserer letzten Info vom Oktober 2024 schrieben wir zu **Wasserstoff**. Da das für viele schon gleich zu Beginn nicht machbar erschien, kürzte man das ursprüngliche Netz um mehr als 600 km und genehmigte am 22.10.2024 das Deutsche Wasserstoff-Kernnetz mit ca. 9.040 km.

Genehmigtes Wasserstoffkernnetz



Quelle: Bundesnetzagentur

Es sollen ca. 60% der vorhandenen Gasleitungen verwandt und ca. 40% neu gebaut werden. Fertigstellung: 2032. Euphorisch nannte Minister Robert Habeck das Projekt alternativlos. Danach wird an 2045 278 TWh (Terrawattstunden) an grünem Wasserstoff benötigt. Kritik gab es aufgrund der „krassen Nord-Süd-Schiefelage“. Geplante Kosten: 19 Mrd. €. Die Finanzierung soll über Netzentgelte erfolgen, welche die Netzbetreiber erheben. Dies ist der erste Schritt, um deutschen Unternehmen die Umstellung von Kohle und Erdgas auf Wasserstoff zu ermöglichen. Feste Zusagen von Abnehmern gibt es noch nicht, weil die Preise nicht feststehen. Hochrechnungen sagen, dass die Stahlindustrie ab 2035 1,8 Mio. Tonnen Wasserstoff (60 TWh) benötigen würde. Der Marktanteil wasserstoffbetriebener Autos in Deutschland beträgt derzeit 0,006%. Es gibt noch zu viele Fragezeichen zu den Wasserstoffplänen der Regierung. Wir glauben nicht daran, weil die Infrastruktur fehlt und auch das Geld, denn Wasserstoff wird teurer sein als fossile Energien. Während Wasserstoff-Projekte in Europa stocken, plant Saudi-Arabien, größter Produzent der Welt für grünen Wasserstoff zu werden. Von den 100 Mio. Tonnen grünem Wasserstoff, der 2030 weltweit benötigt wird, erhofft sich Saudi-Arabien einen Anteil von mindestens 10%. Hauptabnehmer: Deutschland. Man will mit Solarstrom den grünen Wasserstoff erzeugen. Ammoniak würde per Schiff exportiert und am Zielhafen in Wasserstoff umgewandelt.

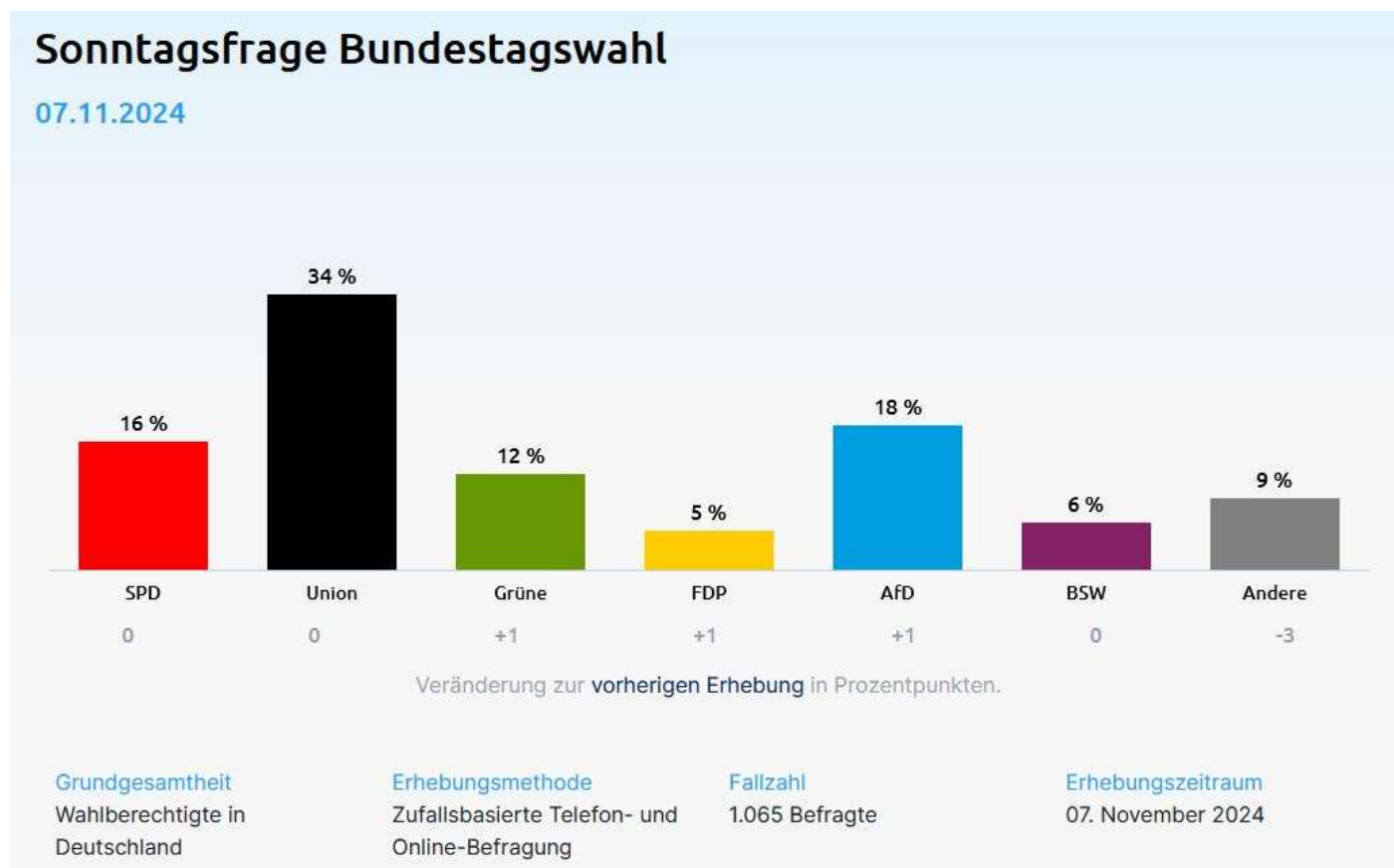
Nachdem die **Ampel ausgeschaltet** ist, wird es hoffentlich künftig weniger Gesetze und Vorschriften für die deutschen Bürger geben. Der Staat wird es künftig nicht allein richten; auch wir müssen mithelfen. Es hat den Anschein, dass Deutschland 2025 weiter schrumpfen wird. Das bedeutet, die „Schuppe“ in die Hand zu nehmen, um die Wachstumsschwäche zu überwinden. Es müssen Investitionen her, die nicht schon im Vorfeld durch Gesetze und Vorschriften blockiert werden. Am besten fängt man bei der Infrastruktur an. Bei der Digitalisierung, namentlich im öffentlichen Sektor, gäbe es eine Menge Arbeit. Fehlende Reformen haben zur „Bildungsverschleppung“ in Deutschland geführt. Die Aufarbeitung wird viel Geld kosten. Mit Auflösung der Schuldenbremse oder Einrichtung von Sondervermögen (ebenfalls Schulden) würden wir die Probleme in die Zukunft und damit auf unsere Kinder und Enkel verschieben. Als Befehlsempfänger der EU sollten wir uns nicht abstempeln lassen, sondern das umsetzen, was Deutschland guttut. Im deutschen Hause sind die Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen: Sozialausgaben, Elterngeld, Mindestlohn, Bürgergeld, Zuschüsse zur Rentenversicherung, Renten (insbesondere Pensionen für Beamte) und anderes mehr. Kräftige Kürzungen wären bei den Subventionen erforderlich. Eine Steuerreform wäre vonnöten. Nicht nur der „Besserverdienende“ sollte zur Kasse gebeten werden, weil das soziale Konflikte auslösen könnte. Es gibt noch viel zu tun, was man anpacken müsste und nicht liegen lässt!

Die EU will groß und mächtig dastehen, besteht aber im Innenverhältnis lediglich aus 27 „Wirtschaftszwergen“, die sich untereinander vielfach nicht einig sind. Da China zu mächtig geworden ist, empfiehlt man: Raus aus China oder anders gesagt „**De-Risking**“. Deutschen oder anderen Kaufleuten der EU muss man so viel Intelligenz unterstellen, dass sie das längst getan hätten, wenn es Alternativen gäbe. Mit ca. 8% des deutschen Außenhandels (Import plus Export ca. 250 Mrd. € gemeinsames Handelsvolumen) war China für uns ein starker Partner. Dafür gibt es keine schnellen Alternativen in Indien, Japan, Korea, Thailand, Brasilien oder sonst wo. Kürzlich sagte Rolf J. Langhammer⁴: Soweit wir wissen, verfügt die Bundesregierung über keine ausgearbeitete Strategie, um mehr Handel mit Indien, Brasilien und anderen aufstrebenden Staaten zu generieren und sich damit vom chinesischen Markt weg zu diversifizieren. Wenn man chinesische Autos mit Einfuhrzoll belegt oder Stahl, der bereits auf schwimmenden Schiffen in Richtung Europa/Deutschland unterwegs ist, mit 25% Zoll belegt, dann trifft man das einkaufende Unternehmen hart. Jeder kann doch an 2 Fingern abzählen, dass Chinesen sich das, was sich „schlaue“ EU-Bedienstete in Brüssel ausgedacht haben, nicht gefallen lassen. Nehmen wir nur ein Beispiel: Rohstoffe. Das Handelsblatt schreibt in Nr. 218 am 11.11.2024: Nach einer Studie der Unternehmensberatung Roland Berger ist Deutschland bei 23 (von 48) untersuchten Rohstoffen sehr stark von China abhängig. Die Überschrift auf der Seite Politik: „Deutschland in der Rohstoff-Falle“. Ein chinesischer Exportstopp für Lithium⁵ würde Deutschland 115 Mrd. € kosten.

⁴ Professor am Kieler Institut für Weltwirtschaft

⁵ Eine Alternative zu Lithium für Batterien, E-Autos, Smartphones gibt es nicht. Weltweit gehen 65% des gewonnenen Lithiums in die Produktion von Akkus. Die Batterie eines E-Autos braucht ca. 10 kg Lithium. Von 2015-2022 hat sich der weltweite Lithium-Bedarf vervierfacht auf 130.000 to. Europa könnte die Hälfte des Bedarfs selbst decken. Aber die Investitionen sind sehr hoch und das Geld fehlt. Frühestens in 10 Jahren kann man über Recycling nachdenken.

Sonntagsfrage zur Bundestagswahl



Quelle:
<https://www.infratest-dimap.de/>

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die deutsche Wirtschaft leidet unter dem stärksten Auftragsmangel seit 15 Jahren. Der Edelstahl-Rostfrei-Markt ist nicht verschont geblieben und sucht vergeblich nach einem Zeichen zur positiven Veränderung.

Bei **Ni** (Nickel) herrscht eine geringe Nachfrage. Die US-Wahlen haben den Dollar gestärkt und den Euro geschwächt. Da Rohstoffe (die Edelstahl-Legierungen betreffen) in US\$ abgerechnet werden, zeigt die nachstehende Tabelle gefallene Werte. Der größte Ni-Lieferant Indonesien exportiert unbeirrt weiter, was die Bestände an der LME, London steigen lässt. Wir befürchten bis ins 1. Quartal 2025 einen weiteren Ni-Preisverfall. Spiegelbildlich hat das Auswirkungen auf den Legierungszuschlag.

Auch **Mo** (Molybdän) ist von der miserablen Marktsituation nicht verschont geblieben, hält sich aber noch halbwegs stabil. Ein leichter Anstieg im 1. Quartal 2025 wäre möglich.

Cr (Chrom) verhält sich erstaunlich stabil. Der Legierungszuschlag sagt das gleiche. Veränderungen zum 1. Quartal 2025 wird es wahrscheinlich nicht geben.

Fazit: Wohl dem Anbieter von Edelstahl-Rostfrei-Flachprodukten (Bleche und Bänder), wenn er am Ende 2024 ertragsmäßig mit 2 blauen Augen davongekommen ist. Zum neuen Jahr wird es weitere Blessuren geben, so dass der Gürtel noch enger geschnallt werden muss.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
01.02.2024	1.0867	15.985	16.235	71.148	1.478
01.03.2024	1.0819	17.175	17.450	73.788	1.588
02.04.2024	1.0740	17.000	17.100	77.772	1.581
02.05.2024	1.0680	18.405	18.575	78.780	1.720
03.06.2024	1.0848	19.325	19.575	83.724	1.782
01.07.2024	1.0713	17.220	17.420	95.436	1.602
01.08.2024	1.0821	15.870	16.225	109.950	1.470
02.09.2024	1.1048	16.445	16.650	119.316	1.487
01.10.2024	1.1164	17.320	17.625	131.178	1.563
01.11.2024	1.0860	15.840	16.080	146.820	1.455
21.11.2024	1.0525	15.705	16.000	158.046	1.492

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/23	853	07/23	1.056	997	978	993	973	1.010	1.024	1.010	1.016	1.003	978	999	1.039
4301	12/23	2.055	02/23	2.989	1.987	1.951	2.020	2.119	2.162	2.313	2.280	2.122	2.015	1.987	2.095	2.064
4404	12/23	3.373	03/23	5.472	3.161	3.242	3.302	3.466	3.500	3.754	3.810	3.581	3.370	3.324	3.463	3.446
4509	09/23	1.168	07/23	1.297	1.249	1.243	1.268	1.247	1.284	1.298	1.280	1.292	1.278	1.253	1.273	1.313
4521	12/23	2.043	03/23	2.916	1.949	2.049	2.048	2.051	2.079	2.145	2.220	2.209	2.129	2.088	2.112	2.186
4539	12/23	6.038	03/23	10.313	5.595	5.770	5.881	6.245	6.286	6.809	6.940	6.445	6.014	5.945	6.220	6.137
4571	12/23	3.415	03/23	5.550	3.200	3.281	3.345	3.514	3.548	3.808	3.860	3.628	3.413	3.367	3.509	3.490

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/23	1.116	07/23	1.267	1.196	1.174	1.192	1.168	1.212	1.229	1.210	1.220	1.203	1.174	1.199	1.246
4301	12/23	2.466	02/23	3.587	2.384	2.341	2.424	2.543	2.594	2.776	2.720	2.547	2.418	2.385	2.514	2.477
4310	12/23	2.322	02/23	3.328	2.252	2.212	2.287	2.389	2.440	2.603	2.560	2.399	2.282	2.249	2.366	2.338
4404	12/23	4.048	03/23	6.566	3.793	3.890	3.962	4.159	4.200	4.505	4.560	4.297	4.044	3.989	4.156	4.135

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	12/23	410	05/23	440	425	445	450	450	450	420	400	450	420	420	420	
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	06/23	1.120	02/23	1.510	1.270	1.370	1.350	1.400	1.480	1.420	1.390	1.400	1.170	1.150	1.220	
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/23	2.080	02/23	2.680	2.220	2.322	2.350	2.360	2.480	2.420	2.390	2.400	2.170	2.160	2.250	

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team